

DRINGLICHE ANFRAGE von Adrian Bergmann (SVP, Meilen), Theresia Weber-Gachnang (SVP, Uetikon a. S.), Ueli Kübler (SVP, Männedorf) und Mitunterzeichnende

betreffend Widersprüche bei den Sparmassnahmen in der Psychiatrie

Im Zusammenhang mit den laufenden Umstrukturierungen in der Psychiatrie (Schliessung Hohenegg, Ausbau Klinik Affoltern und Kilchberg, sowie Neubau Forensik Rheinau), stellen sich folgende Fragen:

1. In Affoltern am Albis ist ein Ausbau des Psychiatriestützpunktes vorgesehen. In Kilchberg soll das Angebot für Essensstörungen erweitert werden: Wie begründet sich diese Ausbauplanung trotz deklariertem Überangebot im Zusammenhang mit den vorgesehenen Schliessungen?
2. Wann werden die laufenden Ausbauten im Psychiatriebereich gestoppt?
3. Wie sieht die Regierung den Spareffekt in der Gesamtrechnung, wenn davon ausgegangen werden kann, dass die kursierenden Informationen richtig sind und miteinbezogen werden müssen:
 - Spareffekt Schliessung Hohenegg (Annahme ca. 5 Mio. Franken)
 - Verfahrenskosten Klinik Hohenegg (Annahme ca. 0,3 Mio. Franken)
 - Prozess- und Verfahrenskosten des Kantons (? Mio. Franken)
 - Schliessungskosten ab negativ Entscheid (Annahme ca. 8,2 Mio. Franken)
 - Abfindungen/Sozialplan (Annahme ca. 7 Mio. Franken)
 - Nachfolgekosten nach Schliessung (Annahme ca. 1,3 Mio. Franken)
 - Entschädigungs-/Nachzahlungen für untersagte Rückstellungen (gefordert ca. 36 Mio. Franken)
 - Investitionen in Affoltern und Kilchberg (? Mio. Franken)
 - Rekrutierung/Anstellung/Ausbildung Personal für Affoltern und Kilchberg (? Mio. Franken)
 - Verlust von Privatpatientengut ins Ausland (? Mio. Franken)
 - weitere uns nicht bekannte Folgekosten (? Mio. Franken)
4. Weshalb wird nicht das öffentliche Angebot (Universitätsklinik etc.) eingeschränkt, damit man mit privaten Betreibern ein Konkurrenzangebot unter möglichst marktnahen Bedingungen gewähren lassen kann?
5. Die Klinikleitung Hohenegg sei überzeugt, dass sie mit Zusatzversicherten einen Betrieb als Stiftung ohne Staatsbeiträge aufrechterhalten könnte. Wäre es deshalb aus ordnungspolitischer Sicht nicht sinnvoller, das deklarierte Überangebot an Psychiatriebetten beim kantonalen (staatlichen) Angebot in erster Priorität zu reduzieren? Ein Vorgehen wie es in anderen Bereichen der Medizin praktiziert wird.
6. Weshalb wird das Psychiatrieangebot für Straftäterinnen und Straftäter erweitert, während die psychiatrischen Leistungen für nicht straffällige Patientinnen und Patienten reduziert werden?

7. Mit welcher Begründung soll in Rheinau ein Neubau erstellt werden, wenn bestehende Gebäude umgenutzt oder erweitert werden könnten (unter anderem Hohenegg und Pöschwies)?

Adrian Bergmann
Theresia Weber-Gachnang
Ueli Kübler

J. Appenzeller	M. Arnold	E. Bachmann	H. Badertscher	Hr. Bär
W. Bosshard	E. Brunner	V. Bütler	L. Dürr	H. Egloff
Y. Eugster	H. J. Fischer	R. Frehsner	Hans Frei	H. P. Frei
H. Frei	F. Ganz	W. Germann	P. Good	B. Grossmann
L. Habicher	Hp. Haug	M. Hauser	A. Heer	F. Hess
H.-H. Heusser	R. Hirt	W. Honegger	W. Hürlimann	R. Isler
J. Jucker	O. Kern	D. Kläy	J. Leibundgut	J. Leuthold
P. Mächler	E. Manser	O. Meier	R. Menzi	Ch. Mettler
G. Mittaz	U. Moor	W. Müller	B. Ramer	S. Ramseyer
H. H. Raths	L. Rüegg	C. Schmid	Hj. Schmid	R. A. Siegenthaler
B. Steinemann	L. Styger	A. Suter	T. Toggweiler	J. Trachsel
B. Walliser	Hr. Wuhrmann	C. Zanetti	H. Züllig	E. Züst